

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/163

28. August 1974

Erhöhung der Rundfunkgebühr ist kein Thema

-----  
Wille zur Sparsamkeit muß sich durchsetzen

Von Heinz Kühn

Stellv. Vorsitzender der SPD und Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen

Atlantische Politik und Strategie 1974

-----  
USA und Europa sind aufeinander angewiesen

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 3a / 62 Zeilen

Ein notwendiger Trennungsstrich

-----  
Fakten zu den Parteiordnungsverfahren in Berlin

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt

-----  
Vom vergeblichen Versuch eines MdB, in Weimar an der  
Feier zum 225. Geburtstag Goethes teilzunehmen

Seite 6 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

-----  
Bayern braucht Dr. Vogel! Bayern braucht eine starke SPD!

-----  
Seite 7 und 8 / 84 Zeilen

Erhöhung der Rundfunkgebühr ist kein Thema  
-----

Wille zur Sparsamkeit muß sich durchsetzen

Von Heinz Kühn

Stellv. Vorsitzender der SPD

und Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Fernsehzuschauer dürfte eigentlich aus dem Staunen nicht mehr herauskommen. Wenn man in diesem Monat die Presse liest, muß man fast den Eindruck haben, daß eine neue Erhöhung der Rundfunkgebühren in der nächsten Zeit zur Diskussion stehe. Mit atemberaubenden Defizitprognosen und Vorschlägen wie einem fernsehfremigen Tag kommt der Komplex Rundfunkfinanzierung in die Gefahr, bis zur Unkenntlichkeit zerredet zu werden.

Die Zuschauer - also die Bürger im Lande - und auch die an diesen Fragen beteiligten Politiker und gesellschaftlichen Gruppen haben in diesen Tagen einen Anspruch darauf, nicht mit teilweise undurchdachten Spekulationen und nicht zu Ende gedachten Vorschlägen behelligt zu werden. Was man erwarten darf, ist vielleicht nicht ganz so öffentlichkeitswirksam, könnte in der Sache aber sehr viel weiter helfen: konkrete Vorschläge, wie die Rundfunkanstalten aus eigener Kraft haushalten können, detaillierte Konzepte, wie es langfristig gesichert werden kann, daß der Rundfunk für seine vielfältigen Aufgaben und die zahlreichen Ansprüche, die eine mit Information und Unterhaltung verwöhnte Gesellschaft an ihn hat, ausreichend ausgestattet bleibt.

Um ein Beispiel für die vorschnellen Lösungsvorschläge zu nennen: Statt zu erwägen, noch mehr ausländische Serien anzukaufen und die eigene Produktion zu reduzieren, sollte man sich lieber fragen, ob die Quantität unserer Fernsehprogramme nicht hier und dort reduzierbar wäre. Das Traumziel vom Fernsehen rund um die Uhr hat ja, man kann es täglich sehen, zu Programmen geführt, auf die zu verzichten fast allen Beteiligten außerordentlich leicht fällt. Gerade am Wochenende könnte man die Frage stellen, ob mittags und mittenachts auf beiden Kanälen gesendet werden muß.

Ich halte die Idee von einem fernsehfremigen Tag für utopisch. Überlegenswert wäre jedoch, ob nicht das Samstagnachmittag-Programm alternierend von ARD und ZDF gemacht werden könnte. Auch das abnehmende Interesse an manchen Serien amerikanischer Prägung beweist, daß beinahe schon die meisten Importwaren eine Beleidigung für den Anspruch darstellen, den jeder Bürger an die Programme stellen kann, die er mit seinen Gebühren bezahlt. Die Zeit der ständig wachsenden Einnahmen ist vorbei, und sie wird nicht durch ständige Gebührenerhöhung abgelöst. Dies sollte den Verantwortlichen in den Funkhäusern willkommenen Anlaß zu einer Abmagerungskur der Programme sein, bei der allzu billige Fließbandproduktionen fortfallen könnten.

Rundfunkintendanten und Programmdirektoren legen stets großen Wert darauf, daß ihr Wille zur Sparsamkeit nicht an jenen Anekdoten gemessen

wird, mit denen die Verschwendungssucht des Rundfunks hier und dort schon bewiesen erscheint. Sie wüßten ein vitales Interesse daran haben, daß sich ihre Anstrengung um sorgsame Geldwirtschaft durch ein besseres Management und auch im kleinen bewaist. Dies gilt ebenso für die Programm-Mitarbeiter, die ihre eigenen Wünsche nach noch mehr sozialer Sicherung, nach noch aufwendiger "Kreativität" daran orientieren sollten, daß Sparsamkeit im Detail des Filmemachens ihre Möglichkeiten der Arbeit insgesamt sichert. Auch bei einem noch so sparten Fernsehspiel muß man sich fragen, ob es wirklich auf Tahiti gedreht werden mußte.

Die Position des Rundfunks ist ja so schlecht nicht, wie man nach den jüngsten Klagerufen denken sollte. Gewiß, auch der Rundfunk - um ein Wort des ARD-Vorsitzenden aufzugreifen - hat seinen Preis, einen Preis, der natürlich in einer Relation stehen muß zu dem, was heute der Besuch eines Fußballspiels oder Kinofilms kostet. Ich habe im Frühjahr bei einem ersten Werkstattgespräch zwischen Arbeitnehmern aus der Kulturindustrie und der sozialdemokratischen Partei darauf aufmerksam gemacht, daß Hörfunk und Fernsehen "gegenüber den geistig Schöpferischen in unserem Lande auch eine Mäzenatenrolle ausüben". Dies unnötig bescheiden will auch heute niemand. Andererseits muß man sehen, daß eine gedankenlose Fortschreibung von Gebührenerhöhungen ein nicht zu unterschätzender Faktor im ohnehin polemisch angeheizten Gerede über Inflation wäre. Die Rundfunkanstalten wissen ganz genau, daß kein verantwortlicher Politiker die Bürger durch zu große Gebührenerhöhungen in die fragwürdige Entscheidung treiben will: Rundfunk oder Zeitung? Eine ernsthafte Diskussion dieser Fragen würde durch sachliche Vorschläge des Rundfunks gefördert.

Die SPD-Medienkommission unter dem Vorsitz von Diether Posser hat die Idee einer Bundeskommission, die mit der Prüfung der Gebührenfrage befaßt werden soll, in ihren letzten Sitzungen weiter diskutiert. Ich habe eine solche Kommission früher einmal vorgeschlagen und halte es nach wie vor für richtig, daß sie durch den Bundespräsidenten berufen werden sollte. Diesem Vorschlag, den meine Partei 1971 in Bonn für die Sozialdemokraten mit einem Parteitagebeschuß verbindlich erklärt hat, lag die Überlegung zugrunde, daß die Grundlage des Rundfunks, seine Finanzierung, tagespolitischen Turbulenzen und Opportunitäten entzogen werden sollte. Die Medienkommission der SPD wird hier noch ein detaillierteres Konzept ausarbeiten müssen. Vielleicht kann man dann auch von Seiten der CDU/CSU endlich eine Antwort auf die Lösung dieser Fragen hören.

Dem Rundfunk sollen von dieser Gesellschaft nicht mehr Aufgaben als Geld gegeben werden. Kein verantwortlich handelnder Politiker wird den Rundfunk in unkalkulierbar rote Zahlen treiben lassen. Jetzt nach dem Geld zu schielen und die Öffentlichkeit mit der Rundfunkgebühr als einem Dauerthema beschäftigen zu wollen, wäre allerdings ein fataler Irrtum.

(-/28.8.1974/bgy/ex)

+ + +

## Atlantische Politik und Strategie 1974

---

### USA und Europa sind aufeinander angewiesen

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Kesselerufe der Opposition, daß die USA große Teile ihrer Truppen aus Europa zurückziehen und damit ein Machtvakuum öffnen würden, haben sich wieder als Teil einer allgemeinen Verunsicherungskampagne erwiesen. Die vitalen Interessen der USA sind viel zu stark, als daß sie in Europa ein solches Machtvakuum zulassen könnten. Gedankenlose Pläne führender CDU/CSU-Politiker über die Schaffung einer europäischen Atomstreitkraft sind zerronnen.

Der Zypern-Konflikt mit der unmittelbaren Bedrohung der NATO-Südflanke hat alle Gerüchte und Spekulationen über eine Truppenreduzierung der USA in Europa verstummen lassen. Unmißverständlich sprechen amerikanische Politiker die drei Grundprinzipien ihrer Europa-Politik aus, um jede Irritation in dieser Hinsicht zu vermeiden: 1/ Europa ist als militärisches Gleis für die USA unverzichtbar; 2/ die wirtschaftliche Kapazität Westeuropas darf nicht in die Hände einer anderen Macht, etwa der UdSSR fallen, damit sie sich gegebenenfalls gegen die Vereinigten Staaten selbst wende; und 3/ ohne Westeuropa ist die Südflanke der NATO nicht zu halten, die die Drehscheibe der drei aneinandergrenzenden Kontinente Europa, Asien und Afrika ist.

Konsequenz: Ohne Europa wären die USA politisch handlungsunfähig.

Die Vereinigten Staaten sind eine Weltmacht und betreiben trotz partiellen Isolationsstrebens einiger Kongreßabgeordneter Weltmachtspolitik. Die jüngsten Krisen vom Yom-Kipur-Krieg bis zu den Auseinandersetzungen in Zypern haben deutlich gezeigt, daß eine Weltmacht nicht beliebig auf dem Weltforum erscheinen kann oder sich zurückziehen darf. Bezeichnend war in dieser Hinsicht die Kritik vieler Staaten an der politischen Untätigkeit der USA in der Zypern-Krise.

In diesem Sinne hat nun Außenminister Henry Kissinger vor der American Legion in Miami unmißverständlich die Position der amerikanischen

Außenpolitik verdeutlicht: 1/ Es erfolgt keine Truppenreduzierung in Europa; 2/ die Vereinigten Staaten haben eine Ausgleichs- und Stabilisierungsfunktion vor allem in den neuralgischen Stellen der Welt; und 3/ eine Verstärkung der konventionellen militärischen Rüstung ist unabdingbar notwendig, weil angesichts des atomaren Patt militärische Herausforderungen auf der konventionellen Ebene schwer verhindert werden können; daher hat die politische und militärische Bedeutung taktischer Streitkräfte entsprechend zugenommen. Kissinger: "Unsere konventionellen Streitkräfte sind das entscheidende Werkzeug unserer Diplomatie in Krisenzeiten."

Für die US-Politik und uns als Verbündete sind diese Aussagen von weitreichender Konsequenz. Für Kissinger hat die militärische Stärke funktionale Bedeutung für die Außenpolitik; sie ist nicht zum Selbstzweck erstarrt. Angesichts mehrfacher Over-Kill-Kapazitäten der USA und der UdSSR stellt sich zunehmend die Frage nach dem politischen Wert nicht einsetzbarer Waffen - es sei denn unter Einbeziehung des nationalen Selbstmordes. In Kreisen der amerikanischen Diplomatie wird zu Recht moniert, daß die Höhe der ständigen Investitionen in dem nuklear-strategischen Waffenbereich nicht dem daraus resultierenden politischen Wert entspricht.

Groteske Gedankenspielerien, wie sie von Unions-Politikern mit dem Ruf nach einer eigenständigen europäischen Atomstreitmacht vorgebracht werden, sollten frühzeitig und klar zurückgewiesen werden. Wenn eine Weltmacht wie die USA nach Kostennutzenaufstellungen in diesem Bereich zum Ergebnis kommt, daß die politischen Vorteilsmöglichkeiten selbst bei enormen strategischen Rüstungsanstrengungen nur gering sind im Vergleich zur jetzigen Situation, dann hat Europa keine Chance, in einem solchen Wettlauf mithalten. Nur deutsch-nationaler Größenwahn im europäischen Gewande kann eine solche Forderung erheben.

Die Aufgabe der Bündnispartner der USA liegt auf einem anderen Feld: nach den vielen verbalen Beschwörungen wirklich ernst zu machen mit einer sinnvollen Aufgabenverteilung im Bündnis und einer zugeordneten Rationalisierung des Rüstungswesens. Hierfür sollten Modelle erarbeitet werden. (-/28.8.1974/hgy/ee)

+ + +

### Ein notwendiger Trennungsestrich

#### Fakten zu den Parteiordnungsverfahren in Berlin

Ordnungsverfahren sind ein zu kostbares Instrument für die Selbstdarstellung der SPD, als daß sie über Gebühr in Anspruch genommen werden dürften. Wer sich dieses Mittels bedient, wird also wissen, was er tut - zumal wenn es sich um ein Mitglied handelt, das 56 Jahre der Berliner SPD angehört und sich nach dem Kriege unbestrittene Verdienste um eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Berlin erworben hat. Die Rede ist von Ernst Scharnowski (78), Vorsitzender des "Bundes freies Deutschland (BFD)", jener Vereinigung also, die in diesen Tagen traurige Schlagzeilen machte.

Vor wenigen Wochen noch war ihm und anderen Sozialdemokraten, die im BFD eine neue Heimat suchen, bedeutet worden, daß der Weg zurück offen sei. Die gleichzeitig ausgesprochene Warnung, die Geduld der Berliner SPD nicht zu überziehen, war getragen von der Hoffnung, daß man an einem Ordnungsverfahren vorbeikommen könnte. Eine Hoffnung, die getragen hat, wohl auch trügen mußte.

Der Geschäftsführende Landesvorstand der Berliner SPD hat die betroffenen Ortsvereine aufgefordert, "Verfahren gegen Mitglieder einzuleiten oder zu beschleunigen, die sich im BFD an der Verunglimpfung all dessen beteiligen, was Sozialdemokraten für Berlin erreicht haben". Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß Ernst Scharnowski in einem deutlichen Wort von Willy Brandt auch zu erkennen meinte, "wie gefährlich die SPD-Führung für die Demokratie in Deutschland geworden ist".

Daß der Trennungsestrich nicht eher erfolgte, liegt zum einen in der Berliner Erwartung begründet, daß der Bonner Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschuß herbeiführen würde. Zum anderen haben sich aber erst

In den drei Monaten seit Bestehen des BfD jene Strukturen herausgebildet, die nun zum Handeln zwingen. Den Boden seines doch sehr allgemein gehaltenen "Berliner Manifestes" hat der BfD längst verlassen. Konnte an seinen 20 Punkten und seiner ständigen Berufung auf Ernst Reuter nicht unbedingt eine anti-sozialdemokratische Zielsetzung ausgemacht und konnte angenommen werden, daß der BfD der Vorläufer einer bundesweiten vierten Partei nach CDU-Muster werden sollte, so sieht das heute ein wenig anders aus. Auf der Strauß-Veranstaltung am vergangenen Sonntag wurden führende Sozialdemokraten namentlich mit Dreck beworfen. Wurde der Regierende Bürgermeister "ein falscher Prophet der Entspannung" geschimpft, und wurde der BfD das, was nicht unbedingt abzusehen war: eine rechtskonservative Wählerinitiative für die Berliner CDU. Unter dem frenetischen Beifall seiner Anhänger schilderte Strauß eine Entwicklung, die "Herrn Honecker zum Herold Gesamtdeutschlands" mache und die nur abzuwenden sei, wenn die Berliner Bevölkerung am 2. März 1975 - dem Tag der Wahlen zum Abgeordnetenhaus - denen eine überwältigende Mehrheit beschere, "die sich nicht daran beteiligt haben".

Klarer Fall also, denn in der SPD ist keinen Platz, wer eine andere Partei unterstützt. Unglaublich müßte sie werden, würde diese Selbstverständlichkeit nur in einer Richtung Anwendung finden. Ob die CDU mit ihrem Förderkreis, der die geforderte Offenlegung seiner enormen Finanzquellen ablehnt, zufrieden ist, mag sie getrost selbst entscheiden. Die Berliner SPD wird dieses Bündnis in aller Gelassenheit betrachten und selbstbewußt genug sein, sich von dem Feuerwerk der Springer-Presse nicht irre machen zu lassen. Die "Morgenpost" gab gleich eine Kostprobe: In einem Atemzug zitierte sie die Erklärung der SPD und Kommentare der DDR-Presse.

Wer mit dem BfD sympathisiert, war in der Vergangenheit nicht und wird in Zukunft nicht für die SPD zu gewinnen sein. Hätte man noch länger die jetzt getroffene Entscheidung hinausgezögert, so wären Mitglieder und Wähler vor den Kopf gestoßen worden.

Brigitte Seebacher  
(-/28.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt

Vom vergeblichen Versuch eines MdB, in Weimar an  
der Feier zum 225. Geburtstag Goethes teilzunehmen

Am 28. August wird der 225. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes  
gefeiert: in aller Welt, in Ost und West.

Für einen Germanisten, der sich mit dem Dichterfürsten von Weimar  
nicht nur per Studienzwang, sondern freiwillig - produktiv eingehend  
sogar - im Studium des Werkes und gleichermaßen seiner Zeit recht in-  
tensiv befaßte, ist dieser Tag, den kein Geringerer als Thomas Mann vor  
25 Jahren zu einem geistespolitischen Ereignis beider Teile Deutschlands  
machte, ein besonderer Punkt. Zugegeben, für besagten Goethe-Verehrer,  
inzwischen Mitglied des Deutschen Bundestages, hat dieser Geburtstag  
Oberdies auch privates Kolorit, schloß er doch vor zehn Jahren den Bund  
seiner Ehe. Vielleicht also eher privatistisch als politisch intentio-  
niert wollte eben dieser SPD-Bundestagsabg. Dr. Olaf Schwencke diesen  
Tag samt Ehefrau nicht im bundesrepublikanisch geschäftigen, im emsig  
bankerischen Frankfurt, wo Johann Wolfgang Goethe am 28. August 1749  
als Sohn des Geheimen Rats Goethe das Licht der Welt erblickte, erleben,  
sondern im klassisch restaurierten Weimar in der DDR. Immerhin hatte er  
ein Wort eines früheren DDR-Kultusministers im Gedächtnis: Dieser hatte  
alle Deutschen als gemeinsame Erben der Klassiker einer Nation gefeiert  
wissen wollen: "Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt" (Motto der Wei-  
marer Geburtstagsfeier 1974).

Dieser Goethe-Freund, keineswegs Formalitäten scheuend, erbat über die  
entsprechenden Stellen die Einreisegenehmigung zur Teilnahme an der Wei-  
marer Goethe-Feier. Den runden Goethe-Geburtstag wollte der vormalige  
Goethe-Studiker und jetzige Kultuspolitiker der sozialdemokratischen Bun-  
destagsfraktion beim feierlichen Akt im Goethe-Haus am Weimarer Frauen-  
plan begehen: "Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt, dem Turm ge-  
schworen, gefällt mir die Welt."

Die DDR, ob dieses Goethe-Verehrerers offensichtlich nicht gerade  
Überglücklich, versuchte alles - "alles" -, um dem "Herrn Abgeordneten"  
die Einreise und die Festteilnahme zu ermöglichen; nur "leider" und "mit  
größtem Bedauern" war das "definitiv" nicht möglich.

DDR-Fernsehen und -Rundfunk übertragen die Weimarer Goethe-Feier  
live. Sie sollte durch das Beisein des SPD-Abgeordneten nicht gestört  
werden: In der Bewahrung des Erbes der deutschen Klassiker läßt sich  
die DDR nicht übertreffen, auch nicht im Akzeptieren des deutsch-deut-  
schen Alltags. Wahrlich nicht. (-/28.8.1974/bgy/ex)

+ + +



Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Bayern braucht Dr. Vogel! Bayern braucht eine starke SPD!

Wortlaut des Aufrufs der bayrischen Sozialdemokraten zur Landtagswahl am 27. Oktober 1974.

"Mitbürgerinnen und Mitbürger! In zwei Monaten wird der Landtag für die nächsten vier Jahre gewählt. Ihre Stimme entscheidet darüber, wer in diesem Landtag die Mehrheit hat, wer die nächste bayrische Staatsregierung bildet. Zwei Lager stehen sich gegenüber: Auf der einen Seite die in 17jähriger Herrschaft satt und selbstherrlich gewordene CSU, auf der anderen Seite die Sozialdemokraten und die liberalen Kräfte des Fortschritts.

Es ist auch in Bayern Zeit für einen Wechsel. Zu lange schon hat die CSU blind dem freien Spiel der Kräfte vertraut, zu lange hat sie sich jeder vernünftigen Planung und allen realen Reformen widersetzt, zu lange betrachtet sie Bayern als ihr Eigentum. Und zu lange steht sie unter dem Diktat des Herrn Strauß, der diese Partei nur als ein Hilfsmittel zur Befriedigung seiner politischen Machtgelüste benutzt, den Sachproblemen aber ganz gleichgültig gegenüber steht.

Deshalb droht Bayern in einzelnen Gebieten Arbeitslosigkeit, obwohl der Bund allein in den letzten sechs Jahren Mittel für die Schaffung und Sicherung von 250.000 Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt hat;

deshalb besitzt Bayern als einziges Bundesland noch immer kein Landesentwicklungsprogramm;

deshalb sind die Schülerzahlen pro Volksschulklasse in Bayern noch immer höher, die Kindergärtenplätze hingegen geringer, als in den meisten anderen Ländern;

deshalb leistete Bayern in Bonn gegen die Entspannungspolitik, so zuletzt noch gegen den Atomsperrvertrag und den Vertrag mit der Tschechoslowakei, und gegen alle vernünftigen Reformen, beispielsweise gegen das Städtebauförderungsgesetz, gegen die Verbesserung des Mieterschutzes, gegen die Rentenreform, gegen die Verbesserung der Kriegspflerversorgung, gegen die Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz und gegen das Bundesraumordnungsprogramm erbitterten Widerstand;

deshalb reißt in Bayern die Serie der Grundstücksskandale und der Personalfälle nicht ab; und

deshalb haben in Bayern nicht die vom Volk gewählten Abgeordneten und die Staatsregierung, sondern eine Handvoll 'G'wappelter' um Franz Josef Strauß das Sagen.

Wir Sozialdemokraten wollen dem ein Ende machen. Wir wollen zusammen mit den Liberalen dem Bund bei seinen Anstrengungen helfen, die Beschäftigung der Arbeitnehmer und die Preisstabilität zu sichern; von Bayern aus unter voller Wahrung der Eigenständigkeit unseres Landes den

Bund bei vernünftigen Reformen unterstützen, bald ein Landesentwicklungsprogramm verabschieden, das ein Leitbild eines auf Dauer lebenswerten Bayerns entwirft und dieses Leitbild gegen Gruppen- und Einzelinteressen dann auch tatsächlich durchsetzen; die Klassenstärken fühlbar senken; für Sauberkeit und Ordnung in der Verwaltung sorgen; die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund rücken und anstelle einer Honoratioren- und Vetternwirtschaft den Volks- und Bürgerstaat setzen, in dem das Volk seine Heimatstatt findet.

Ein Sozialdemokrat, Wilhelm Hoegner, hat für unser Land 1946 eine vorbildliche Verfassung entworfen, die vom bayrischen Volk in einer Abstimmung angenommen wurde. Wir wollen diese Verfassung verwirklichen und so unsere Gemeinschaft gegen radikale Erschütterungen, aber auch gegen reaktionäre Erstarrung schützen.

Mit Dr. Hans-Jochen Vogel, Volkmar Gabert, Dr. Helmut Rothmund, Hedwig Westphal, Willi Rothe, Valentin Kuhbandner, Dr. Dieter Haack, Dr. Jürgen Böddrich, Berthold Kamm, Anton Hochleitner und Dr. Reinhold Kaub präsentieren wir die bessere Mannschaft. Dr. Vogel wird sich nicht auf repräsentative Aufgaben beschränken. Er wird sich ebenso wie in seiner Zeit als Münchner Oberbürgermeister mit unermüdlicher Arbeitskraft im Zentrum des politischen Geschehens engagieren. Er ist der Mann, der zupackt und entscheidet!

Mitbürgerinnen und Mitbürger! Franz Josef Strauß hat bereits begonnen, auch in diesem Wahlkampf zur Waffe der Verleumdung und der Verunglimpfung zu greifen. Er weiß, daß seine Zeit zu Ende geht. Deshalb will er Angst und Panik schüren, deshalb will er die große Krise herbeireden, die ihm eine letzte Chance gibt, deshalb ist ihm jedes Mittel recht. Wir Sozialdemokraten werden ihm auf diesem Weg nicht folgen. Wir setzen Leistungen gegen Lügen, Argumente gegen Anwürfe und Politik gegen Polemik.

Darum appellieren wir schon heute an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes:

Prüfen Sie die Programme und Kandidaten, stellen Sie kritische Fragen, Überlegen Sie auch, warum die CSU Millionen und Abermillionen DM für Wahlpropaganda ausgeben kann. Fragen Sie, woher diese Gelder kommen!

Bedenken Sie außerdem: Helmut Schmidt und die sozialliberale Bundesregierung regieren in Bonn mit Festigkeit und Entschlossenheit. Sie treiben eine Politik der Vernunft. Dieser Politik verdanken wir, daß es uns besser geht als den meisten Nachbarvölkern, daß wir in stabilen Verhältnissen leben. Dies alles will Strauß mit seiner CSU aufs Spiel setzen.

Wenn Sie unseren Weg für den besseren halten, dann geben Sie uns nicht nur am 27. Oktober Ihre Stimme, sondern dann helfen Sie uns auch in den Wochen bis dahin. Denn: Die Vernunft der Vielen ist stärker als das Geld der Wenigen!

Bayern braucht Dr. Vogel! Bayern braucht eine starke SPD!"  
(-/28.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert